

Unser Landtagsabgeordneter Theo Kruse zum Thema „Innere Sicherheit“



Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit stellt eine originäre hoheitliche Staatsaufgabe dar, für deren Finanzierung der Staat vorbehaltlos eintreten muss. Fiskalische Gesichtspunkte, beispielsweise öffentliche Finanznöte sind kein tragfähiges Argument für eine Rücknahme staatlicher Sicherheitsverantwortung. Der Rechtsstaat schuldet dem Bürger ein Höchstmaß an öffentlicher Sicherheit. Diese Verantwortung darf nicht aufgegeben werden, das Land Nordrhein-Westfalen hat für eine funktionstüchtige Gefahrenabwehr, also namentlich für eine Polizei zu sorgen, die ihren Aufgaben, nämlich denen einer effektiven Gewährleistung von öffentlicher Sicherheit gewachsen ist und hierfür in jeder Hinsicht ausreichend ausgebildet und ausgerüstet ist. Dies setzt ebenfalls eine hohe Präsenz der Polizei in allen Regionen unseres Landes voraus. In diesem Zeitraum hat sich nicht nur das subjektive Sicherheitsgefühl, sondern hat sich auch die objektive Sicherheitslage erheblich verschlechtert. Der Innenminister ist ein Meister des Populismus, der Ankündigung von Aktionen. Die Substanz und die Bilanz seiner Arbeit sind schlecht. Nordrhein-Westfalen ist nach wie vor das schlechteste Flächenland in Deutschland, die Aufklärungsquote liegt weiterhin insgesamt bei unter 50% und bei den Wohnungseinbrüchen bei ca. 10%. Dies kann man den Frauen und Männern im täglichen polizeilichen Dienst nicht zum Vorwurf machen – diese leisten bei all den zusätzlichen Belastungen eine hervorragende Arbeit –, dies ist eine Frage der politischen Führung und der Prioritätensetzung der Landesregierung insgesamt. Die Landesregierung muss sich endlich auf die Kernaufgaben konzentrieren, hierzu gehört ganz ohne Frage die Innere Sicherheit.

Landesregierung muss sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren

Die Polizei leistet eine wertvolle und wichtige Arbeit. Sie hat in der Erfüllung ihrer schwierigen Aufgabe die uneingeschränkte Rückendeckung jeder Regierung und aller demokratischen Kräfte im Land verdient. Seit Jahren sind die berechtigten Wünsche der Schutz- und Kriminalpolizei nach einer spürbaren Personalverstärkung nicht erfüllt worden, sie sind einfach nicht ernst genommen worden.

Wir möchten den Polizeivollzugsdienst von bürokratischer Tätigkeit u.a. durch Einstellung von Verwaltungsassistenten entlasten. Es gibt eine Vielzahl von Aufgaben, die nicht durch Polizeibeamte erfüllt werden müssen. Z. B. reine Büroarbeit, Geschwindigkeitskontrollen ohne Anhalten, Schwertransportbegleitung auf Autobahnen u.a.

Gerade die Entwicklungen der letzten Wochen und Monate haben verdeutlicht, dass es keinen Sinn macht, der Bevölkerung Informationen und Erkenntnisse zu verschweigen. Die Silvesternacht in Köln hat verdeutlicht, dass es ein Informations-, ein Kommunikations- und ein Organisationsversagen gegeben hat. Die Herkunft von Straftätern muss klar benannt werden, so ist z. B. das Kriminalitätsphänomen der alleinreisenden Nordafrikaner schon seit mehr als zwei Jahren in Nordrhein-Westfalen bekannt, gleichwohl hat dies die Landesregierung nicht ernst genommen.

Der nordrhein-westfälische Innenminister ist ein Sicherheitsrisiko für unser Land. Er trägt seit fünfeinhalb Jahren die Verantwortung für die Innere Ordnung, die Innere Sicherheit und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. In diesem Zeitraum hat sich nicht nur das subjektive Sicherheitsgefühl, sondern hat sich auch die objektive Sicherheitslage erheblich verschlechtert. Der Innenminister ist ein Meister des Populismus, der Ankündigung von Aktionen. Die Substanz und die Bilanz seiner Arbeit sind schlecht. Nordrhein-Westfalen ist nach wie vor das schlechteste Flächenland in Deutschland, die Aufklärungsquote liegt weiterhin insgesamt bei unter 50% und bei den Wohnungseinbrüchen bei ca. 10%. Dies kann man den Frauen und Männern im täglichen polizeilichen Dienst nicht zum Vorwurf machen – diese leisten bei all den zusätzlichen Belastungen eine hervorragende Arbeit –, dies ist eine Frage der politischen Führung und der Prioritätensetzung der Landesregierung insgesamt. Die Landesregierung muss sich endlich auf die Kernaufgaben konzentrieren, hierzu gehört ganz ohne Frage die Innere Sicherheit.



www.cdu.de/mitglied-werden

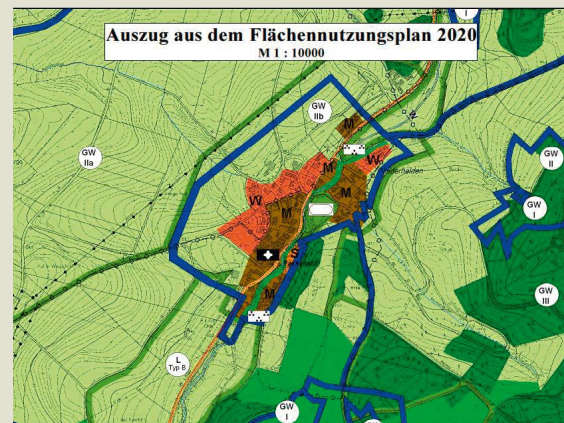
CDU **Attendorn**
HANSESTADT
ATTENDORN

Mit Leidenschaft Demokratie gestalten

Jetzt CDU-Mitglied werden!



Foto: Christiane Lang



Auf Antrag der CDU um zwei Bauplätze erweitert, um der bedarfsgerechten Entwicklung im Ort gerecht zu werden: das Baugelände Kerstein in Niederhelden.



Impressum

www.cdu-attendorn.de

© Mai 2016

CDU Attendorn
Am Repscheid 1
57439 Attendorn

Verantwortlich:

Sebastian Ohm, (02722) 636742,
sebastian.ohm@cdu-attendorn.de

Rolf Schöpf, (02722) 634586,
rolf.schoepf@cdu-attendorn.de

Wolfgang Teipel, (02722) 7500,
wolfgang.teipel@cdu-attendorn.de

Bernd Salewski, (02722) 922172,
bernd.salewski@cdu-attendorn.de

Druck:
FREY PRINT UND MEDIA GMBH



Kurz erwähnt

Der Arbeitskreis zur Wohnbauflächenentwicklung hat getagt. Ergebnis: den Dörfern sollen auch weiterhin Entwicklungsmöglichkeiten gegeben werden!

Die Verwaltung arbeitet auf Grundlage des festgelegten Kriterienkataloges bis Mitte Mai eine Prioritätenliste aus, die als Diskussions- und Entscheidungshilfe für das weitere Vorgehen herangezogen wird. Das nächste Treffen des Arbeitskreises ist für Ende Mai 2016 geplant. Nach dessen Entscheidungsfindung und vorbehaltlich entsprechender politischer Beschlüsse können dann nach den Sommerferien 2016 verlässliche Aussagen zu verschiedenen Wohnbauflächen getroffen werden.

Für die CDU Attendorn sind folgende Ansprechpartner im Arbeitskreis vertreten: Rolf Schöpf, Hermann Guntermann, Stefan Belke.



Kirsten Böhmer

kirsten.boehmer@cdu-attendorn.de



Wir wünschen Ihnen und Ihrer Familie gesegnete Pfingsten



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

sicherlich werden Sie sich fragen, was bedeutet dieses Programm, was steckt dahinter? Zunächst einmal ist LEADER (Liaison entre actions de développement de l'économie rurale) eine Abkürzung und steht für ein Programm der Europäischen Union zur Entwicklung des ländlichen Raumes. Entsprechende Fördermaßnahmen werden aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds finanziert. Das LEADER-Programm ist ein Schwerpunkt im NRW-Programm „Ländlicher Raum 2014 - 2020“.

Unsere Hansestadt Attendorn zählt mit den Kommunen Olpe, Drolshagen und Wenden zu den ausgewählten Förderregionen in NRW und kann sich somit über eine finanzielle Unterstützung hinsichtlich der Entwicklung ihrer Dörfer freuen. Insgesamt 2,7 Mio. Euro Fördergelder stehen den 4 Städten, die sich zum Regionalverein „BiggeLand – Echt Zukunft e.V.“ zusammengeschlossen haben, für Projekte zur Verfügung.

Für die Dörfer sind das Erscheinungsbild und die infrastrukturelle Ausstattung wichtige Faktoren für die Lebensqualität seiner Bürgerinnen und Bürger. Ortskerne sind Treffpunkte für Dorfbewohner, die durch verschiedenste Aktivitäten die eigenständige, historisch gewachsene Identität ihres Dorfes lebendig halten. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels mit seinen vielfältigsten Fragestellungen nimmt die zukünftige Dorfentwicklung eine zentrale Rolle ein. Genau hier setzt LEADER an. Im Mittelpunkt der Förderung steht die Stärkung eines attraktiven Wohn- und Lebensraumes, insbesondere auf der Versorgung, Mobilität und schließlich auch auf der Fachkräftegewinnung. Die Gestaltung von Dorfplätzen, Begrünungen im öffentlichen Bereich, Erhalt dörflicher Gemeinschaftseinrichtungen aber auch der Bereich der Nahversorgung spielt eine wichtige Rolle. Projektantragsformulare stehen auf der Internetseite der Stadt (www.attendorn.de) zur Verfügung, mit denen Bürgerinnen und Bürger der Dörfer Projektideen einreichen können. Über die Auswahl der förderungsfähigen Projekte entscheidet dann die LAG (Lokale Aktions-Gruppe). Die Förderung liegt bei 65%. Mit den ersten Förderungen von Projekten ist im Herbst dieses Jahres zu rechnen. Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite der Hansestadt Attendorn.

Nutzen Sie die Chance durch dieses Programm etwas für Ihr Dorf zu tun!

Mit herzlichen Grüßen
Ihr Wolfgang Teipel
Fraktionsvorsitzender



Themenüberblick

LEADER

Alter Bahnhof

Junge Union Attendorn

Frauen Union Attendorn

Senioren Union Attendorn

Innere Sicherheit

Bedarfsgerechte Dorfentwicklung

Flüchtlingssituation



Foto: Christiane Lang

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Attendorner,

im vergangenen Jahr sind über 1 Mio. Menschen zu uns gekommen, um Asyl zu beantragen. Diese Menschen haben wir mit einer großen Kraftanstrengung von Kommunen, Hilfsdiensten und ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland unterbringen können. Ich bedanke mich bei allen, die mitgeholfen haben, diese große Aufgabe zu bewältigen. Die Motive der Menschen, nach Deutschland zu kommen, sind dabei durchaus unterschiedlich. Bei einigen der Antragsteller herrscht bis heute leider das Missverständnis vor, dass unser Asylrecht auch eine Möglichkeit zur Einwanderung nach Deutschland darstellt. Diese Annahme ist aber falsch. Für diesen Wunsch gibt es andere Möglichkeiten. Um deutlich zu machen, dass unser Asylrecht wirklich nur für Verfolgte und Schutzbedürftige vorgesehen ist, haben wir daher eine Reihe von Rechtsverschärfungen auf den

Werte respektieren

kein Missbrauch des Gastrechtes

Weg gebracht. Wir haben Abschiebungen für Unberechtigte vereinfacht und Bargeldzahlungen im Bundesrecht weitestgehend abgeschafft. Ich wünsche mir, dass die NRW-Landesregierung diese Änderungen auch endlich umsetzt. Nach den schrecklichen Vorfällen der Silvesternacht haben wir außerdem Abschiebungen für straffällige Ausländer in Deutschland erleichtert. Wer zu einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr – auch auf Bewährung – verurteilt wird, soll zukünftig unser Land verlassen. Wir sind bereit, verfolgten Menschen Schutz zu gewähren, aber nach unseren Spielregeln. Einen Missbrauch unseres Gastrechtes werden wir nicht dulden. Die Silvesternacht hat zu Recht bei vielen Bürgern Unsicherheiten ausgelöst. Menschen sorgen sich um ihre Sicherheit. Wir müssen als Staat hart daran arbeiten, dass sich die Bürger in Deutschland sicher fühlen. Das betrifft die Sicherung unserer Grenze genauso wie die Sicherheit auf öffentlichen Plätzen und der Schutz der Häuser und Wohnungen vor Einbrüchen. Vor uns liegt nun die große Aufgabe, die bereits aufgenommenen Flüchtlinge zu integrieren. Die Menschen müssen unsere Sprache

lernen und unsere Werte respektieren. Ohne diese Voraussetzungen wird ein Zusammenleben nur schwer möglich sein. Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, diese große Herausforderung zu bewältigen.



Mit herzlichen Grüßen

Ihr Dr. Matthias Heider MdB



Alter Bahnhof eine unendliche Geschichte

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde den Vereinen Kultur, Verein für Orts- und Heimatkunde und Alter Bahnhof die Möglichkeit eingeräumt, bis Ende des Jahres 2016 ein schlüssiges Gesamtkonzept zur Realisierung einschließlich des Nachweises der Finanzierung vorzustellen. Hierzu erhielten die Verantwortlichen am 29.02.2016 von Seiten der Stadtverwaltung ein bis zum 31.12.2016 befristetes Kaufangebot ausgehändigt.

Wer als Verantwortlicher sich letztlich den „Hut“ aufsetzt ist allerdings zum jetzigen Zeitpunkt noch völlig unklar. Genauso unklar ist, ob die seinerzeit vom ehem. Bürgermeister initiierten und in Aussicht gestellten Spenden heute noch aktuell sind. Die Nutzung hat sich auch erheblich gewandelt. Aus den einstigen 20% kommerzieller Nutzung sind nun 60 – 70% als Grundlage geworden. Ob sich das neue Konzept realisieren lässt bleibt bis zum Jahresende 2016 ein Geheimnis. Fakt ist jedoch, dass wieder ein Jahr des „Stillstandes“ in Sachen Kultur beschlossen wurde. Dies ist aus unserer Sicht unverantwortbar, zum einen gegenüber allen kunst- und kulturliebenden Bürgern aber auch zum anderen gegenüber den bisherigen Akteuren, die auch nach sechs Jahren kein schlüssiges Ergebnis liefern konnten. Diesem „Treiben“ ein Ende zu bereiten und endlich nach vorne blickend Maßnahmen zu Förderung der kulturellen Entwicklung voranzutreiben (z. B. Alte Post) wurde durch die Stimmen der SPD und UWG verhindert. Wir warnen schon jetzt davor, den Fehler zu begehen und voreilige Wahlversprechen mit städtischen finanziellen Mitteln im Nachhinein umzusetzen, um das Gebäude Alter Bahnhof mit den kulturellen Nutzungen durch die Hansestadt Attendorn selbst zu bauen und zu betreiben. Da in dem Gebäude „Alte Post“ nunmehr keine kulturelle Veranstaltungstätte entstehen wird, erhoffen wir uns durch die ganztägige gastronomische Nutzung wenigstens in diesem Punkt eine Belebung der Innenstadt und insbesondere eine Aufwertung der Niedersten Straße. Es wäre schön, wenn hierdurch auch eine Belebung der Gastronomie allgemein in Attendorn eingeläutet werden könnte.

Richtungsweisende Entscheidungen im Stadtrat

Unbegrenzter Zuzug von Flüchtlingen Thema

In einer Sondersitzung hat sich die Stadtverordnetenversammlung Attendorn am 11. Januar 2016 intensiv mit der Flüchtlingssituation in der Hansestadt auseinandergesetzt und richtungsweisende Entscheidungen getroffen.

In der von großer Sachlichkeit, Ehrlichkeit und Offenheit geprägten Debatte wurde die von großem ehrenamtlichem Engagement getragene Aufnahme und Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen in der Hansestadt Attendorn ausdrücklich begrüßt. Allerdings wurde auch festgestellt, dass die enorme Zahl der Flüchtlinge alle staatlichen Einrichtungen und auch die Gesellschaft zunehmend überfordert.

Unter anderem wurden folgende Beschlüsse gefasst:

Es gibt keine gesicherten Erkenntnisse darüber, wie sich die Flüchtlingszuweisungen im Jahr 2016 entwickeln werden.

Der Bürgermeister wird beauftragt, gegenüber dem Bund, dem Land und den sonstigen Aufsichtsbehörden auf die begrenzten Kapazitäten in Attendorn von max. 840 Personen hinzuweisen und daher eine dauerhafte und nachhaltige Reduzierung der Flüchtlingszahlen einzufordern.

Die gefassten Beschlüsse sind im Sinne der CDU Attendorn. Uns geht es in erster Linie um die Qualität der Integration der nach Attendorn flüchtenden Menschen. Hierbei ist und bleibt der Spracherwerb die unabdingbare Voraussetzung. Die CDU begrüßt das herausragende ehrenamtliche Engagement aller in der Flüchtlingshilfe Beteiligten.



Foto: Christiane Lang

Qualität der Integration wichtig

Spracherwerb unabdingbar

Senioren Union Attendorn

Die Senioren-Union ist die jüngste Vereinigung der CDU Deutschlands. Sie wurde - im Gegensatz zur Jungen Union, Frauen Union, CDA und CDU-Mittelstandsvereinigung, die es schon seit der Nachkriegszeit gibt – erst 1988 gegründet. Bundesweit hat die Senioren-Union 56.000 zahlende Mitglieder und 360 Kreisvereinigungen. Auch in Attendorn bietet die Senioren-Union Ihnen ein vielfältiges Angebot.

Was wollen wir? Die Senioren-Union will an der politischen Meinungs- und Willensbildung in der CDU und in der älteren Generation mitwirken und für die besonderen Anliegen der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger eintreten. Wir wollen nicht nur Politik für ältere Menschen machen, sondern mit ihnen. Die Kompetenz und Erfahrung älterer Menschen in vielen Bereichen des Lebens klar und nutzbar machen – das ist unser Ziel.

Wie wird man Mitglied? Mitglied kann jeder werden, der das 60. Lebensjahr erreicht hat. Die CDU-Mitgliedschaft ist für eine Mitgliedschaft in der Senioren-Union nicht zwingend erforderlich. Sie werden gebraucht, werden Sie Mitglied!

Jahreshauptversammlung Senioren Union CDU

Offensichtlich waren die Mitglieder in Attendorn mit der Arbeit ihres Vorstandes sehr zufrieden. Denn auf der Jahreshauptversammlung im Januar wurden alle bisherigen Amtsinhaber von den rund 70 Anwesenden einstimmig wiedergewählt: Reinhard Henze als Vorsitzender, seine Stellvertreterin Anne Scharpegge und Angela Wurm als Schriftführerin. In das neue Amt als 2. Stellvertreter wählte die Versammlung den bisherigen Beisitzer Klaus Böckeler. Während Roswitha Remberg, Maria Reuber und Karl-Hermann Ernst in ihren Ämtern bestätigt wurden, wählten die Mitglieder drei neue Beisitzer in ihr Amt: Adelheid Krumbholz, Bernd Pieper und Herbert Schmitz. Nicht mehr für das Amt eines Beisitzers kandidierten Felizitas Quinke und Ulrich Lingemann. Beide wurden von Reinhard Henze mit einem kleinen Geschenk und einem großen Dank für die langjährige Tätigkeit im Vorstand der Senioren-Union der Hansestadt verabschiedet. „Im neuen Vorstand ist das gesamte Stadtgebiet vertreten“, betonte Vorsitzender Reinhard Henze.



Foto: Der neue geschäftsführende Vorstand der Senioren-Union in Attendorn: Vorsitzender Reinhard Henze, Schriftführerin Angela Wurm, 1. Stellvertreterin Anne Scharpegge und 2. Stellvertreter Klaus Böckeler (von links).

Im Rahmen der Jahreshauptversammlung berichtete Stadtarchivar Otto Höffer über seine Arbeit im „Gedächtnis der Stadt“, wie er es ausdrückte. Mit eindrucksvollen Bildern zeigte er auch bisher unveröffentlichte „Schätzchen“ des Stadtarchivs.

Er verblüffte die Anwesenden mit der Mitteilung, dass er nicht nur die alten Akten der Stadt verwalte, sondern auch Herr über Karten, 30.000 Fotos und die Zeitungen seit 1848 ist. Außerdem vervollständigte er das Archiv, dass durch den Stadtbrand 1783 nahezu vollständig vernichtet worden war, durch Funde im Archiv des Freiherrn von Fürstenberg in Herdringen.

Im Anschluss gab Anne Scharpegge einen Jahresrückblick über die Aktivitäten der Senioren-Union im Jahr 2015. Abgerundet wurde die Versammlung durch eine phantastische Fotoschau von Karl-Hermann Ernst: Fotos aus den Jahren 2014 und 2015 dokumentierten die Veranstaltungen, Reisen und Begegnungen unserer aktiven Attendorner Senioren.

Junge Union

Nachwuchs gesucht

Brauchtum wird in Attendorn groß geschrieben und auch die Junge Union Attendorn pflegt als Vereinigung der Christlich Demokratischen Union z.B. jedes Jahr den Brauch des Osterfestes.

Zu diesem Anlass wurden auch im Jahr 2016 wieder 1000 Semmelbrötchen auf dem Attendorner Marktplatz verteilt. Die Aktion der Jungen Union besteht nun schon seit vielen Jahren und für viele Attendorner gehört der Besuch des Karsamstagsstandes mittlerweile schon zum Osterbrauch.

Ebenso wie der Stand Tradition hat, haben die daran beteiligten JÜler langsam das traditionelle JÜ-Ausstiegs-Alter erreicht. Eine Mitgliedschaft in der JÜ ist vom 14. bis zum 35. Lebensjahr möglich. Trotz hoch politischer Zeiten haben bisher im Gespräch nur wenige Jugendliche Interesse für die Politik vor Ort gezeigt. Wir fragen Euch: Wollt ihr nicht mitwirken, das Brauchtum weiterleben zu lassen und eure Zukunft mitzugestalten?

Bei Interesse:
<http://unionlive.de/homepages/juattendorn/>



Die Junge Union beim Verteilen der Ostersemmel

Frauen machen Politik

Die Frauen Union ist seit 1948 das Netzwerk der Frauen in der CDU. Frauen übernehmen hier politische Verantwortung und sind die Lobby für die Anliegen von Frauen in der CDU und in der Politik. „Wir wollen die Sichtweise der Frauen in die Kommunalpolitik einbringen und unterstützen die Frauen, die bereit sind, sich ehrenamtlich zu engagieren“, so Eva-Maria Heuel, Vorsitzende der Frauen Union in Attendorn. „Frauen, die Lust haben sich zu beteiligen, sind herzlich willkommen. Sprechen Sie uns an!“

In Attendorn gehören dem Vorstand der Frauen Union aktuell an:

Eva-Maria Heuel (Vorsitzende), Ingrid Michels (stellvertretende Vorsitzende), Elisabeth Rüden (Schriftführerin), Beisitzerinnen: Birgit Haberhauer-Kuschel, Elke Keseberg, Ruth Krumbholz, Heidemarie Müller, Monika Rüenauer-Heuel, Monika Sauer, Marita Springob, Ruth Trümper



Vorstand anlässlich der Mitgliederversammlung am 21.07.2015

Terminvorschau der FU

- 07.05.16** „Rote Rosen zum Muttertag“ Informationsstand in der Attendorner Innenstadt
- 18.06.16** „Ich mache deine Kleidung“ Ausstellung im Rathaus in Kooperation mit dem „Parteiübergreifenden Arbeitskreis“ und „Fair Trade“
- 22./23.10.16** „Attendorner Frauenmesse“, Stadthalle in Kooperation mit dem parteiübergreifenden Arbeitskreis

Angebote der Senioren Union Attendorn

- Teil einer großen politischen Familie
- Kulturelle und gesellige Veranstaltungen
- Veranstaltungen zu aktuellen politischen Fragen
- Studienreisen mit Reiseveranstaltern ins In- und Ausland